

Mag. Alexander Schallenberg
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.381.399

Wien, am 10. August 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 10. Juni 2020 unter der Zl. 2268/NR-J/2020 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „österreichisch-ungarische Allianz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3 und 4:

- *Minister Schallenberg hat sich gegen eine Vorverurteilung Israels und gegen die von Israel angekündigte Annexion des Westjordanlandes ausgesprochen. Bedeuten diese parallel getätigten Aussagen, dass Österreich sich bis zur faktischen Annexion zu Ankündigungen und Vorbereitungen nicht äußern wird, sobald die Annexion aber zur Realität wird, internationalen Sanktionen beitreten wird?*
- *In der Politik führen Absichtserklärungen zu Erwartungshaltungen. Je stärker sich diese Erwartungshaltungen in der "win coalition" einer politischen Partei ausprägen können, desto politisch "teurer" wird die Änderung der eingeschlagenen Politik. Frühe Interventionen werden daher unter Politwissenschaftler_innen als politisch "billiger"*

und daher leichter durchzusetzen angesehen. Erklären Sie die Logik des Abwartens im Falle Israel.

- *In internationaler Politik und Recht sind zwei Prämissen bekannt: Die "Macht des Faktischen," und "possession is 90% of the law." Welchen Vorteil erwartet sich die österreichische Bundesregierung davon, von einer schnellen Warnung der israelischen Regierung abzusehen, um nach Vollzug der völkerrechtswidrigen Handlung eine Rückabwicklung zu fordern?*

Ich habe in der Tat klar festgestellt, dass eine Vorverurteilung Israels bezüglich einer möglichen Annexion nicht angebracht erscheint, da wir die israelische Regierung an ihren Taten messen wollen. Doch es gibt an der österreichischen Haltung zur Annexion keinen Zweifel. Die einseitige Ausdehnung von Territorium widerspricht dem internationalen Recht und zahlreichen Sicherheitsratsresolutionen seit 1967. Ich habe mich gegenüber meinen Amtskollegen der Region wiederholt zu möglichen Annexionen palästinensischer Gebiete durch Israel geäußert, unter anderem bei meinen Telefonaten mit den Außenministern von Israel am 25. Mai, von Palästina am 9. Juni, von Jordanien und den USA, beide am 11. Juni 2020. Sollte es tatsächlich zu einer Annexion von Gebieten durch Israel kommen, werden wir uns eng mit den Partnern in der Europäischen Union (EU) über die geeignete Reaktion beraten.

Zu Frage 2:

- *Ist es in der Regierung Kurz nun offizielle Außenpolitik, Ankündigungen von völkerrechtswidrigen Handlungen nicht zu kommentieren?
Wenn ja: Die Regierung des Iran hat vor Kurzem zur Auslöschung Israels aufgerufen. Wird Österreich von einer Vorverurteilung dieser Ankündigung ebenso absehen?*

Die iranischen Drohungen gegen Israel sind vollkommen inakzeptabel und werden von Österreich immer unmissverständlich verurteilt. Über den Twitter-Account des Außenministeriums haben wir daher auch in einem Re-Tweet zur Stellungnahme des Hohen Beauftragten Josep Borrell diese Äußerungen des Iran klar verurteilt.

Zu Frage 5:

- *Aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips ist jede Abweichung von der Position der Kommission gleichbedeutend mit einem Veto. Wie steht das BMEIA zur Befürchtung, dass ein gespaltenes Europa die Regierung Netanyahu zu einer schnellen Annexion*

ermutigen könnte, im Verständnis, dass die USA diese Politik unterstützen und Europa dank Ungarn und Österreich zu keiner gezielten Sanktion fähig ist?

Ich stehe im steten Austausch mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen, mit dem Ziel auch in dieser wichtigen Frage eine gemeinsame EU-Position zu gewährleisten. Zuletzt gab es dazu Beratungen beim EU-Außenministerrat in Brüssel am 13. Juli 2020.

Zu Frage 6:

- *Im Nationalrat erklärte Minister Schallenberg, es gäbe keine Koordination zwischen Ungarn und Österreich in Fragen der europäischen Reaktion zum U.S. Friedensplan. Laut Standard existiert aber ein gemeinsamer Brief, der eine Einladung von Jared Kushner nach Brüssel fordert, damit Kushner die EU über den U.S. Plan, den die EU sofort als völkerrechtswidrig abgelehnt hat, informieren könne. Bitte erklären Sie Ihre Stellungnahme, es gäbe keine Zusammenarbeit mit Ungarn in dieser Angelegenheit.*

Es ist üblich, dass Mitgliedstaaten der Europäischen Union anlassbezogen gemeinsam aktiv werden. In diesem Sinne ist es auch zutreffend, dass ich in einem gemeinsamen Brief mit meinem ungarischen Kollegen an den Hohen Vertreter vorschlug, Jared Kushner als einen der Hauptautoren des US-Friedensplans zu einem Außenministerrat einzuladen. Der US-Friedensplan hat nach einer langen Periode des Stillstands eine neue Dynamik erzeugt, ein Austausch unter EU Kolleginnen und –kollegen zum Nahostfriedensprozess – auch mit den Außenministern von Israel und Palästina – wäre daher von großem Interesse.

Mag. Alexander Schallenberg

